

Basel Stadt Land Region

Wie das Unispital Basel plötzlich Schutz vor hohen Strompreisen suchte

Vom Fünfer zum Weggli Mithilfe der Basler Regierung sollen die IWB das Universitätsspital am freien Zugang zum Strommarkt gehindert haben – ein Missverständnis, urteilt der Bund und weist Geldforderungen an die IWB zurück.

Sebastian Schanzer

Schon als Kind lernt man hierzulande: Entweder den Fünfer oder das Weggli, beides zusammen ist nicht zu haben. Wie das Universitätsspital Basel (USB) versucht hat, dieses Prinzip auf die Probe zu stellen, und am Ende draufzahlte, zeigt die folgende Geschichte. Sie ist so kurios wie verworren.

Das Unispital verbraucht jedes Jahr mehr als 30 Millionen Kilowattstunden Strom. Entsprechend gross muss im Betrieb die Sorge gewesen sein, als die Strompreise ab Februar 2022 insbesondere als Folge des Krieges in der Ukraine auf Rekordhöhe anstiegen. Denn im Spätsommer 2022, als die Preise auf ihren Höchstwert zusteueren, sollten die neuen Lieferverträge wie üblich für das kommende Jahr mit den Industriellen Werken Basel (IWB) abgeschlossen werden.

Die Sorgen des USB waren berechtigt

Seit der Teilliberalisierung des Strommarktes können Grosskunden wie das USB den Strom am freien Markt beziehen, sofern sie das wollen. Sie treten dann für immer aus der staatlich geschützten Grundversorgung aus und vereinbaren individuelle Verträge mit den Anbietern. Dabei profitieren sie in der Regel

von tieferen Tarifen als Kunden in der Grundversorgung, sind allerdings möglichen Turbulenzen am Markt schutzlos ausgeliefert. Die Sorgen des USB waren berechtigt: Allein bei den Tarifen für die elektrische Energie einigte sich das Unispital im August 2022 mit den IWB auf einen Preis, der mit 0,62 Franken pro Kilowattstunde rund fünfmal höher lag als im Vorjahr. Gegenüber 2021 betrug der neue Tarif laut Angaben des USB sogar mehr als das Zwölfwache. Rund 20 Millionen Franken musste das USB für den Strom im Jahr 2023 bezahlen – Netzgebühren und zusätzliche Abgaben sind da noch nicht einberechnet.

Wäre das Unispital 2014 nicht auf eigenen Wunsch aus der Grundversorgung ausgetreten, wäre der Preisanstieg weit sanfter ausgefallen. Basler Kunden in der Grundversorgung beziehen ihren Strom zwingend von den IWB und bezahlen jährlich festgelegte Preise, die vom Bund kontrolliert werden. Laut IWB hätte ein Kunde von der Grösse des Unispitals in der Grundversorgung damals rund 17 Millionen Franken weniger bezahlt.

Umso bitterer, dass dem USB angeblich gar nicht bewusst war, dass es sich am freien Markt befindet. Für Verwirrung hatte nämlich ein vertraulicher Be-

schluss der Regierung Basel-Stadt von 2015 gesorgt. Dort steht geschrieben: «Der Regierungsrat sieht vor, dass die kantonalen Beteiligungen für ihren Strombezug vorerst in der Grundversorgung verbleiben.»

Das Unispital wollte zurück in die Grundversorgung und forderte von den IWB Millionen zurück.

Das Universitätsspital versicherte einerseits der Basler Regierung, sich an diesen Beschluss zu halten, schloss gleichzeitig aber Marktverträge mit den IWB ab. Allein, weil es keine Offerten bei der Konkurrenz einholte, wähnte sich das Unispital weiter in der Grundversorgung – ein Missverständnis, wie sich noch zeigen sollte.

Denn sieben Jahre später, als sich das Unispital 2022 mit den explodierenden Strompreisen konfrontiert sah, verlangte es Klarheit: Die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom), eine Art Strompreisüberwacher des Bundes, solle verbindlich festhalten, dass sich das Unispital noch

in der Grundversorgung befinde. Die Verfügung der Elcom erhielten die Parteien im vergangenen Juni. Mittels Gesuch gemäss dem Öffentlichkeitsgesetz konnte die BaZ dieses Dokument einsehen.

IWB soll bei Brutschin lobbyiert haben

Aus der Verfügung ist zu erfahren: Das Unispital wollte nicht nur zurück in die Grundversorgung, es forderte von den IWB auch Beiträge in Millionenhöhe zurück. Die Elcom solle die IWB dazu verpflichten, dem Spital für das Jahr 2022 die Differenz zwischen den tatsächlich bezahlten Preisen und dem Tarif der Grundversorgung zurückzuerstatten. Zudem sollten dem Unispital für das Jahr 2023 maximal die Preise des Grundversorgungstarifs berechnet werden – also zwei bis drei Millionen statt 20 Millionen Franken.

Den IWB warf das Unispital zudem vor, den erwähnten Regierungsbeschluss beim Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) «erwirkt» zu haben – damaliger Vorsteher des WSU war Christoph Brutschin. Ziel von IWB und Basler Regierung soll es gewesen sein, einen allfälligen Lieferantenwechsel des USB zu verhindern.

Tatsächlich hält die Basler Regierung in ihrer Antwort auf eine Interpellation zum Be-

schluss fest, dass sie es nicht für sinnvoll halte, wenn Unternehmen des Kantons ihren Stromlieferanten wechselten. Die Einsparungen auf der einen Seite führten zu Einbussen bei den IWB, die wiederum zulasten der jährlichen Gewinnablieferung an den Staatshaushalt gingen.

Dass das Unispital aber gezwungen worden sei, seinen Stromlieferanten nicht zu wechseln, bestreiten die IWB. Selbst wenn es Lobbying-Aktivitäten gegeben hätte, sei der Regierungsbeschluss erst 2015 erfolgt, also nach dem Schritt des USB aus der Grundversorgung heraus. Unternehmen, die einmal aus der Grundversorgung getreten sind, dürften gar nicht mehr zurückkehren. Deshalb sei der Beschluss für das Unispital wirkungslos.

«Opportunistisches Verhalten» des Unispitals

Die IWB wehrten sich in ihrer Eingabe an die Elcom auch gegen das «opportunistische Verhalten» des Unispitals. Seit seinem Eintritt in den freien Markt habe das USB von niedrigeren Marktpreisen profitiert. Zwischen 2014 und 2021 soll das Spital jährlich 10 bis 25 Prozent weniger bezahlt haben als Kunden in der Grundversorgung. Es sei offensichtlich, dass das Unispital seinen Antrag für eine Rückkehr in die geschützte Grundver-

sorgung nur wegen der 2022 sprunghaft angestiegenen Strompreise stelle. Die in den Jahren zuvor erzielten Einsparungen wolle es hingegen nicht zurückbezahlen – einfacher gesagt: Es wollte eben den Fünfer und das Weggli.

Die Elcom stützt in ihrer Beurteilung allerdings das Energieunternehmen. Seit 2014 habe das Unispital Marktverträge mit den IWB abgeschlossen und von tieferen Preisen profitiert. Der Zugang zum freien Markt könne laut Gesetz auch nicht rückgängig gemacht werden. Eine angebliche Anweisung des Kantons an das Unispital, keine Konkurrenzofferten zu berücksichtigen, würde zwar beschaffungsrechtliche Fragen aufwerfen. Diese zu klären, sei aber nicht Sache der Elcom, und im Übrigen könne das USB seine Behauptung belegen.

Fazit: Das Unispital hat, wie so viele Grossverbraucher, für das Jahr 2023 ein Vielfaches der üblichen Strompreise bezahlt und wird ab 2025 seinen Strombedarf öffentlich ausschreiben. Für die Klärung der Sachlage berechnet die Elcom dem Universitätsspital 15'710 Franken.

Das ist der zweite von drei Artikeln zur Strompreisexplosion. Lesen Sie morgen: Warum die Stromkosten bei den BVB plötzlich 261 Prozent höher sind.

«Ob Türken, Kurden oder Aleviten – wir wählen Atici»

Türkische Community Für die Basler mit Migrationshintergrund ist Regierungsratskandidat Mustafa Atici ein Vorbild.

Vier Regierungsratskandidaten, darunter einer mit Migrationshintergrund: Mustafa Aticis ehemalige Staatsangehörigkeit wird ihm in dieser Wahl nicht nur als Vorteil ausgelegt. Dabei dürfte die Unterstützung der grossen türkischen Community in Basel für den SP-Politiker matchentscheidend werden.

Jeder möge ihn, heisst es bei der Dönerbude am Aeschenplatz. Im Kleinbasel hängt an fast allen «Türkenlädeli» ein Atici-Wahlflyer – mindestens. Man habe noch genügend an Lager, meint der Inhaber. Auch diverse Taxifahrer sprechen dem SPler ihre Sympathien aus. «Atici? Das ist unser Mann», sagt einer. Er ist nicht der Einzige, der im «Atici-Fieber» zu stecken scheint. Aticis Sympathisanten betreiben im Vorfeld zur Wahl intensive Mundpropaganda.

Das sei man ihm schuldig, sagt einer, der es wissen muss. Mustafa Cakmak und sein Freund Mesut Kaymak meldeten sich letzte Woche bei dieser Zeitung. Man wolle erzählen, wieso man so viel Hoffnung in Atici setze.

Ein Hoffnungsträger

Seine Frau ist nach seinen Angaben mit Atici im türkischen Elbistan in die Primarschule gegangen. Bereits damals habe sein zukünftiger Schwiegervater ihm eine Zukunft als «grosser Politiker» vorausgesagt, sagt Cakmak. Auch Mesut Kaymak, der ihn begleitet, kennt Atici seit zwanzig Jahren. Kaymak ist damals im

Alter von zwölf Jahren in die Schweiz gekommen.

Für Atici haben beide nur Lob übrig. Der Politiker zeige sich stets volksnah. «Er ist einer von uns und hat es so weit geschafft», sagt Kaymak. Für sie, die hier mit Migrationshintergrund leben, sei er ein Hoffnungsträger. «Und er ist unsere Stimme», ergänzt Cakmak. Sie kennen ihn von Beerdigungen, Hochzeiten, diversen Anlässen. Viel wichtiger noch als seine physische Präsenz in der Stadt seien aber konkrete Hilfestellungen für seine Landsleute.

«Wenn man Probleme hat, nicht weiterkommt, kümmert er sich um dich», sagt Kaymak und erzählt von Bekannten, denen Atici einen Job verschafft haben soll. Auch für die schulische Lauf-

bahn von Kindern mit Migrationshintergrund setze er sich ein, sagt Cakmak und zeigt Bilder von einem Frühstück am vorletzten Sonntag im alevitischen Kulturzentrum.

«Er redet dann zum Beispiel über Gesetzesänderungen oder wichtige Schritte bei der Integration», meint er. Die Fotos zeigen lange Tische voller Menschen.

Darunter Politiker, Familien und – Atici. Auf Plakaten und in Person. Händeschüttelnd, lächelnd.

Die beiden sind überzeugt, dass sich hinter Atici Menschen mit verschiedenen Hintergründen scharen. Cakmak, Kaymak und Atici sind Aleviten. «Ob Türken, Sunniten, Aleviten oder Kurden – wir wählen Atici», sagt Kaymak. Dass nicht nur Aticis kultu-

reller Hintergrund, sondern auch seine Fähigkeiten als Politiker überzeugten, heben beide immer wieder hervor. Man erhoffe sich, dass er sich für Migrationsfragen einsetze, für die Zukunft der Kinder. Für Integration.

Ein Wermutstropfen bleibt

Trotz aller Sympathiebekundungen gebe es aber einen Wermutstropfen, sind sich Cakmak und Kaymak bewusst: Nicht alle, die Atici wählen wollen, dürfen das auch. Wie viele Stimmberechtigte mit türkischem Hintergrund sich in Basel aufhalten, lässt sich nicht endgültig bestimmen.

Wenige Tage später lädt Kaymak in das Teppichgeschäft seines Kollegen ein. Mehmet Güzel sei ein Atici-Befürworter «durch und durch» – wahlberechtigt sei der Kurde aber nicht. Er habe keinen Schweizer Pass, sagt Güzel und zeigt die Atici-Wahlflyer, die er vorbereitet hat. Auch er unterstütze Atici in erster Linie wegen seines politischen Programms, «seiner Menschlichkeit». Man sei stolz, wenn er in der Regierung sei. «Nicht weil er Kurde oder Alevit ist. Sondern weil er ein Mensch ist», sagt Güzel.

Auch die beiden Teenager von Cakmak und Kaymak betonen, dass sie sich für Atici einsetzen. «Er zeigt uns, dass alles möglich ist in der Schweiz, auch als gebürtige Türken», sagt der 15-jährige Sohn von Kaymak.



Sie stehen hinter Atici: Mustafa Cakmak, Mehmet Güzel, Poyraz Kaymak, Mesut Kaymak und Gazi Pinarbasi (v.l.n.r.). Foto: Lucia Hunziker

Tanja Opiasa